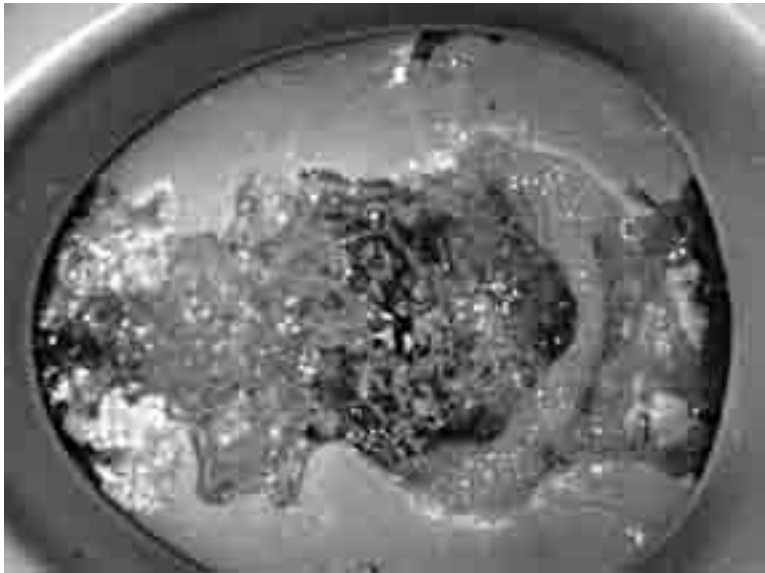


NASSE ZEITEN

# Wasser im Innenministerium



Wasser marsch: Kloake Luxemburg? (Foto: woxx)

**Kontroverse um das Wasserwirtschaftsamt: Die neue Behörde wird dem Ressort von Michel Wolter zugeordnet. Wird aus dem CSV-Politiker damit ein Superminister? Das Umweltministerium verliert jedenfalls Kompetenzen.**

Über das Wasserwirtschaftsamt streiten sich die politischen Geister: Für die einen ist es "eine Totgeburt" oder "ein fauler Kompromiss", die anderen erwarten von der sich noch im Geburtsstadium befindenden Behörde eine höhere Effizienz in der Wasserpolitik. Zwar existiert das dem Innenministerium von Michel Wolter (CSV) zugeordnete Amt faktisch schon seit einem Dreivierteljahr, die gesetzliche Legitimation fehlt ihm allerdings noch. Dazu wurde am 25. Juli in der Chamber ein Projet de loi deponiert.

In Luxemburg war die Wasserwirtschaft bisher auf mehrere Ministerien verteilt: Landwirtschafts-, Umwelt-, Gesundheits-, Transport- und Innenministerium sowie das Ministerium für öffentliche Bauten. Mit der Schaffung des Wasserwirtschaftsamts, das dem Innenministerium unterstellt sein soll, fusionierten die einzelnen Bereiche, sagt Paul Hansen, designierter Leiter der rund 70 MitarbeiterInnen umfassenden Behörde.

"Le Gouvernement a opté pour une politique concentrée en matière de gestion de l'eau

qui aura comme finalité le regroupement des différents aspects ayant trait à l'économie de l'eau", heißt es in der Koalitionsvereinbarung von CSV und DP vom Juni 1999. Die einzelnen Bereiche sollten in einer Körperschaft zusammenlaufen. Ziel sei eine integrierte Wasserwirtschaft.

Die parlamentarische Kommission für Umwelt und Energie hatte bereits 1990 in einem Bericht darauf hingewiesen, dass die luxemburgische Gesetzgebung zur Wasserwirtschaft nicht mehr den Anforderungen der Gegenwart entspräche. Das älteste Gesetz gehe sogar bis ins Jahr 1669 zurück. Eine vollständige Reform sei deshalb dringend notwendig. Doch die blieb vorerst aus. "Es kam einfach nicht dazu", erklärt Hansen die jahrelange Untätigkeit. Erst nachdem im Februar 1996 die Europäische Kommission mit Beratungen über die EU-Wasserpolitik begonnen hatte, sei Bewegung in die Diskussion gekommen, so der bisherige Direktor im Umweltministerium. Ein Jahr später legte die EU-Kommission eine "Richtlinie zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Gewässerpolitik" vor.

## Überfällige Reform

Die EU-Richtlinie trat schließlich am 22. Dezember 2000 in Kraft. Damit fiel auch der Startschuss für eine zusammenhängende Gewässerschutzpolitik in Europa, die über Staats- und Ländergrenzen hinweg eine koordinierte Bewirtschaftung der Gewässer bewirken soll - mit besonderem Akzent auf der Ökologie: "Durch die Richtlinie werden insbesondere neue Impulse für einen stärker ökologisch ausgerichteten ganzheitlichen Gewässerschutz erwartet", teilte das deutsche Bundesumweltministerium im Juli diesen Jahres mit. Die Ziele der Richtlinie, die bis Ende 2003 in nationales Gesetz umgesetzt sein muss, sind in Artikel 1 festgelegt: Unter anderem soll dabei der Zustand der das Wasser betreffenden Ökosysteme und des Grundwassers bis 2015 geschützt und verbessert werden.

"Auch für das Wasserwirtschaftsamt hat der Umweltschutz oberste Priorität", sagt Hansen. Die "directive-cadre" hat laut Projet de loi die "protection et l'amélioration des écosystèmes aquatiques" sowie "la promotion d'une utilisation durable des ressources en eau" zum Ziel. Die Programme zur Überprüfung des Wasserzustands sollen im Jahr 2006 einsatzfähig sein, bis 2009 sollen Maßnahmen entwickelt werden. Zu den Hauptaufgaben des Expertenteams, das in vier Divisionen eingeteilt ist - Hydrologie, Wasserschutz, Grund- und Trinkwasser sowie Labor -, gehören nach den Worten des

zukünftigen Direktors unter anderem die Renaturierung der Flüsse und der Ausbau von Kläranlagen. Wie veraltet Letztere teilweise sind, war erst vor kurzem wieder deutlich geworden, als zwischen Hesperingen und der Hauptstadt zahlreiche tote Fische ans Ufer geschwemmt worden waren. Die Kläranlage hatte dem steigenden Wasserpegel nicht standhalten können. "Wir müssen alle Kläranlagen nachrüsten", meint der zukünftige Direktor des Wasserwirtschaftsamts und fügt hinzu: "Zudem müssen Rückhaltebecken eingebaut werden."

## "Unwürdig für unser Land"

Die Kritiker stört vor allem die Zuordnung des Amtes zum Innenministerium. Der DP-Gewässerexperte Gusty Graas begrüßt zwar die Bündelung der Wasserkompetenzen, schränkt aber ein: "Das Amt gehört ins Umweltministerium. Alles andere wäre ein Anachronismus." Der Liberale befürchtet, "dass die ökologischen Kriterien in den Hintergrund geraten". Außerdem sei der Neubau von Kläranlagen erforderlich. "Zwischen Schengen und Wasserbillig gibt es keine einzige Kläranlage. Das ist unwürdig für unser Land", so Graas.

Einen faulen Kompromiss nennt der Déi Gréng-Abgeordnete Camille Gira das Projet de loi. Dies gelte besonders für Artikel 14, der Änderungen der "loi modifiée du 11 août 1982 concernant la protection de la nature et des ressources naturelles" beinhaltet. Gira hält es ebenfalls für unsinnig, die Kompetenz über das Wasser beim Innenministerium anzusiedeln. Dort habe man nicht das notwendige Gespür für Umweltschutz, so der Grüne. Im Wasserwirtschaftsamt wären mehrheitlich Hydrauliker und keine Umweltschützer am Werk. Die Behörde sei nicht mehr als eine "Totgeburt".

"Eine Schwächung des Umweltministeriums", beklagt auch Alex Bodry. Der Ex-Umweltminister warnt davor, stattdessen das Innenministerium zu einer Art "Superministerium" zu machen. "Eine krasse Fehlentscheidung", empört sich der LSAP-Politiker. Die CSV, mit der die Reform des Wasserschutzes zuvor nicht machbar gewesen sei, versuche nun, ihre politische Machtposition auszuspielen. In dem Projet de loi lebe der Geist der Administration des Services Techniques de l'Agriculture (Asta) weiter. Zudem ist der Text nach Bodrys Meinung unausgegoren. "Nicht nur, dass er schlecht formuliert ist. Es steht fast nichts drin", urteilt Bodry. In der Tat: Außer einem administrativen Rahmen bietet der Entwurf nur wenig. Zündende Ideen sind darin kaum zu finden.

Stefan Kunzmann

## Widerstand und Gentechnologie

Es sollte ganz anders kommen: Die Zeitschrift "forum" hatte ein Dossier über "les frontaliers" geplant. Daraus ist nichts geworden. Die Asti hatte nach Angaben der Redaktion ihre Beiträge zu dem Thema nicht liefern können. So ist immerhin ein Interview mit einer Grenzgängerin aus Thionville im aktuellen forum-Heft erschienen: "24 heures dans la vie d'une frontalière". Einer der Schwerpunkte der Ausgabe liegt auf dem Jugendtheater: Die Gruppe Namasté des Lycée Hubert Clement in Esch-sur-Alzette setzt sich unter anderem mit dem Widerstand im Dritten Reich auseinander. Zudem gibt es in dem Heft eine Nachbetrachtung zum Fall Dillenburg, einen Artikel des Historikers Arno J. Mayer zum 11. September sowie Beiträge zur Sozialverträglichkeitsprüfung, Immigration und Gentechnologie. Ein Kommentar von LSAP-Präsident Jean Asselborn setzt die Reihe von Stellungnahmen der Luxemburger Parteien zu den Wertvorstellungen ihrer WählerInnen fort. Interessant ist auch der dritte Teil der Universitätsdebatte: Dabei geht es um den Sinn des Studiums klassischer Sprachen. Obwohl relativ uneinheitlich, bietet das Heft Nr. 219 alles in allem eine gute Auswahl an Artikeln, wenn auch einige orthographische Fehler besonders in den Leadtexten negativ auffallen.

## Von Bremsern und Safaris (suite et fin)

"Claude und ich sind weder im Auftrag, noch auf Kosten von Herrn Berger in Johannesburg angetreten, sondern als Mitglieder unserer respektiven Fraktionen", sagte Robert Garcia am vergangenen Montag auf der Pressekonferenz von "Déi Gréng" zum "Earth Summit". Am Dienstag zuvor hatte der grüne Europaabgeordnete Claude Turmes Umweltstaatssekretär Eugène Berger vorgeworfen, dieser habe bei den Verhandlungen zur Energie eine Bremserrolle eingenommen. Der hatte gekontert, Claude Turmes könne das nicht wissen, da er nicht bei den Verhandlungen, sondern auf Safari gewesen sei. An dieser Safari, bei der es sich um eine harmlose Besichtigungstour des Krueger-Parks gehandelt habe, habe auch er selbst teilgenommen, so Robert Garcia weiter. "Zu dem Zeitpunkt gab es auf dem Gipfel für uns keine Möglichkeit mehr, Einfluss zu nehmen." Übrigens sei auch der DP-Parlamentarier Emile Calmes "auf Safari gewesen". Anders als in ihrem ursprünglichen Kommuniké, wo sie dem Staatssekretär vorwarfen, in der entscheidenden Sitzung persönlich die falsche Entscheidung getroffen zu haben, legten sie am Montag dar, dieser habe an einer anderen, zeitgleichen Sitzung teilgenommen, und es seien "Vertreter der Luxemburger Regierung" gewesen, die falsch entschieden hätten.

Eugène Berger bestreitet dies gegenüber der woxx aufs Heftigste: Er habe an der Sitzung teilgenommen und, wie er schon vergangene Woche dargelegt hatte, sei dort nicht über erneuerbare Energien entschieden worden, sondern über den Einfluss der WTO. Da auch Claude Turmes auf Nachfrage bei seiner Darstellung bleibt, und es keine schriftlichen Protokolle der Sitzungen gibt, steht hier Aussage gegen Aussage. Beide beschwerten sich über die unfeine Art des jeweils Anderen, Politik zu machen. Einigkeit herrschte allerdings in einem Punkt: Beide fanden, die Inhalte sollten möglichst schnell wieder in den Mittelpunkt der Diskussion rücken.

## Sport und Politik

"Man soll doch bitte Sport und Politik trennen", meinte der RTL-Reporter am vorigen Donnerstag während des Länderspiels Luxemburg-Israel, als er die Plakate mit den Aufschriften "Stop occupation", "Stop colonialism" und "No peace without justice" sah. Mitglieder des "Comité pour une paix juste au Proche-Orient" hatten sie trotz der bombastischen Sicherheitsvorkehrungen ins Stadion hinein schmuggeln können. Zwar beschlagnahmte die Polizei alsbald zwei der Plakate, übersah dabei jedoch das dritte, das bis zum Ende des Spiels (0:5, die Sportredaxxion) mitten im Blickfeld der RTL-Kameras blieb. Für das Komitee ein Erfolg auf der ganzen Linie: Ihre Aktion wurde sogar in der Berichterstattung der israelischen Zeitung Ha'aretz erwähnt.

